



Politisches Signal im Vorfeld des Caritas-Sonntags in NRW am 17.9.

MIT „JENNY“ VOR DEM LANDTAG

## Beim Klimaschutz „muss sich NRW noch bewegen“

Bei einer Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag hat die Caritas in Nordrhein-Westfalen einen sozial verträglicheren Klimaschutz gefordert.

**W**ir müssen nicht mehr erwähnen, dass Klimaschutz wichtig ist“, sagte der Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in NRW, Frank Johannes Hensel. Es geht nun darum, den ärmeren Bevölkerungsschichten zu helfen, die prozentual stärker durch steigende Kosten belastet seien. Hensel

zufolge verursachen die reichsten zehn Prozent der Deutschen statistisch betrachtet 15-mal mehr Klimaschäden als die ärmsten zehn Prozent. Eine Entlastung einkommensschwacher Gruppen sei daher auch aus Gründen der Fairness geboten.

Die Anliegen der Caritas für einen sozial gerechten Klimaschutz verkörpert „Jenny“. „Jenny“ steht für alle Menschen in Deutschland, die bereits das Klima schützen - weil sie darauf angewiesen sind, um Kosten zu sparen. „Jenny“ arbeitet Vollzeit und verdient den Mindestlohn. Ein Auto kann sie sich nicht leisten, darum fährt sie mit dem Bus zur Arbeit.

Auch zu Hause spart „Jenny“ so viel Energie wie möglich, allein schon, um die Nebenkosten zu senken. Doch in ihrer Mietwohnung zieht es. Wäre ihre Wohnung gedämmt, müsste sie weniger heizen. Wären alle Mietwohnungen besser gedämmt, wäre das eine große Entlastung fürs Klima und für die Haushaltskasse der Mieter.

### Konkrete Forderungen

„Wir sind keine Fantasten oder Ideologen“, betonte Caritasdirektor Hensel vor Landtagsabgeordneten aus SPD, CDU und Grünen sowie einigen Dutzend Mitstreitern. Die Caritas habe konkret umsetzbare Vorschläge, wie Klimaschutz in Deutschland gerechter gestaltet werden könne: In Sachen Mobilität plädiert die katholische Hilfsorganisation für ein Deutschland-Ticket zum Preis von 29 statt 49 Euro monatlich. Als Vorbild dient das Bundesland Hessen. Dort wird für Menschen mit geringem Einkommen ein vergünstigtes Ticket zum Preis von 31 Euro angeboten. „Da muss sich NRW noch bewegen“, so Hensel.

Handlungsbedarf sieht er auch auf Bundesebene bei der geplanten Einführung eines „Klimageldes“ für die Bürgerinnen und Bürger. Die im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vorgesehene Kompensation sei leider von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung entkoppelt worden. „Das heißt, die finanzielle Belastung steigt, aber die Entlastung kommt womöglich erst deutlich später“, kritisierte der Caritas-Sprecher. Er regt an, das Klimageld möglichst schnell auszuzahlen - und zwar als Pauschalbetrag pro Kopf, um bürokratische Hürden gering zu halten.

Als dritten zentralen Punkt hat die Caritas das Thema Wärmedämmung im Blick. Zwar sei es sinnvoll, alte Wohnungen energetisch zu sanieren, meinte Hensel. Die Kosten dürften aber nicht einfach auf die Mieter abgewälzt werden.

Um dies zu vermeiden, seien sozial gestaltete Förderprogramme nötig.

Mehrere NRW-Landtagsabgeordnete, die die Kundgebung besuchten, signalisierten Sympathie für die Vorschläge der Caritas, wiesen aber auf begrenzten finanziellen Spielraum hin. „Wir müssen Lösungen finden, aber die Mittel sind begrenzt“, sagte etwa CDU-Verkehrsexperte Matthias Goeken. Ähnlich äußerte sich Grünen-Fraktionschefin Wibke Brems: „Wir müssen immer schauen, was in der aktuellen Lage möglich ist.“

[www.caritas-nrw.de/klimaschutzkampagne](https://www.caritas-nrw.de/klimaschutzkampagne)



**AUSGABE  
SEPTEMBER 2023**

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

[caritas-nrw.de/nachrichten](https://www.caritas-nrw.de/nachrichten)  
[facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)  
[redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

# Krankenhäuser brauchen Hilfe

Zwei Drittel aller Kliniken befürchten eine Pleite noch vor der Krankenhausreform, weil die aktuelle Krankenhausfinanzierung die hohen Tarifabschlüsse nicht annähernd ausgleicht. Zu diesem wichtigen Thema haben sich die CDU-Bundestagsabgeordneten des Münsterlandes mit Vertretern des Diözesan-Caritasverbandes Münster und der angeschlossenen Krankenhäuser ausgetauscht.

An dem Gespräch beim Diözesan-Caritasverband nahmen die Abgeordneten Marc Henrichmann, Anja Karliczek, Anne König, Dr. Stefan Nacke und Henning Rehbaum teil.

„Die Finanzierung der Daseinsvorsorge muss Priorität haben. Von der Kita bis zur Altenhilfeeinrichtung ist diese aktuell schwierig. Gerade am Beispiel der Krankenhäuser wird deutlich, dass eine fehlende auskömmliche Finanzierung ein zentrales Element unserer Daseinsvorsorge gefährdet“, betonte Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz und forderte von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) unverzüglich ein Vorschaltgesetz, das die Zahlungsfähigkeit der Krankenhäuser wiederherstellt. Krankenhäuser sind laut Hopfenzitz neben ihrer zentralen Funktion der Gesundheitsversorgung auch wichtige Wirtschaftsfaktoren für die Regionen. Zudem seien sie bedeutende Aus- und Fortbildungsstätten - nicht nur für Pflege und Ärzte, sondern auch für zahlreiche andere Berufe. Einen weiteren Vorteil haben die gerade in Westfalen zahlreichen Kranken-

häuser in kirchlicher Trägerschaft gegenüber kommunalen Einrichtungen: Für Letztere müssten im Falle einer finanziellen Schieflage die kommunalen Haushalte geradestehen.

Die CDU-Abgeordneten unterstrichen, dass die Qualität und Sicherung der Versorgung im Mittelpunkt der Krankenhausreform stehen müssten. „Wir brauchen eine gute Grund- und Notfallversorgung auch im ländlichen Raum“, betonten sie. Die Bundesregierung und die Länder hätten sich nur auf einen Minimalkonsens einigen können und eine wirklich belastbare Entscheidung auf den Herbst verschoben. Unklar bleibe, wie der Bund den Reformprozess finanziell unterstütze. „So lange herrscht Unsicherheit in der Krankenhauslandschaft“, kritisierten sie. Was bei einer Reform nicht angerührt werden sollte, sei die aktuelle Vielfalt der Krankenhausträger: „Der Dreiklang aus kommunalen, privaten und kirchlichen Krankenhäusern schafft Auswahl und steigert dadurch die Qualität der Versorgung und die Wirtschaftlichkeit“, sagten die Abgeordneten.



**Sorge um die** katholischen Krankenhäuser: die CDU-Bundestagsabgeordneten Marc Henrichmann, Anja Karliczek, Anne König, Dr. Stefan Nacke und Henning Rehbaum, Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz, Marcus Proff (Referatsleitung Krankenhäuser beim Diözesan-Caritasverband) sowie die Vertreter der katholischen Krankenhäuser, Dr. Mark Lönies (Geschäftsführer Christophorus-Kliniken Coesfeld) und Dr. Björn Büttner (Geschäftsführer des Klinikums Westmünsterland).

Foto: Sven Mörth

Zurzeit führen Vertreter der Caritas in NRW und der katholischen Krankenhäuser intensive Gespräche mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, Landräten und Oberbürgermeistern mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Krankenhäuser zu erhalten. ◀

## Insolvenz beantragt

Ein großer katholischer Krankenhausträger in Paderborn ist in finanziellen Schwierigkeiten. Die St. Vincenz-Krankenhaus GmbH hat Mitte August beim Amtsgericht Paderborn einen Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung gestellt. Wie bereits viele andere Träger von Gesundheitseinrichtungen sah sich das Krankenhaus nicht mehr in der Lage, die bereits begonnenen Restrukturierungsmaßnahmen aus eigener Kraft umzusetzen, heißt es in einer Stellungnahme der Gesellschaft. Sie unterhält drei Krankenhäuser mit insgesamt rund 3000 Mitarbeitenden. ◀

KNA

## Schutzschirmverfahren

Die Kplus Gruppe, Krankenhausträger im Erzbistum Köln, hat Mitte Juni für einen Teil ihrer Häuser ein Schutzschirmverfahren beantragt. Betroffen sind nach eigenen Angaben auch drei Klinikstandorte in Solingen, Hilden und Haan sowie ein Inklusionsunternehmen, die nun in Eigenverwaltung restrukturiert werden. „Die finanzielle Situation ist für alle Krankenhäuser angespannt“, erklärte Kai Siekkötter, Sprecher der Geschäftsführung der Kplus Gruppe. „Wir haben uns bewusst und so früh wie rechtlich möglich für diesen Schritt entschieden, um handlungsfähig zu bleiben und Maßnahmen einzuleiten, die eine mögliche Zahlungsunfähigkeit im Laufe des Jahres verhindern.“ Zurzeit sei man zahlungsfähig, man könne aber bei den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen nicht ausschließen, dass sich das ohne die Sanierungsmaßnahmen im Laufe des Jahres ändern werde. ◀ EB

## „Dramatische finanzielle Notlage“

**B**is zu 10 000 Klinik-Beschäftigte werden am 20. September vor dem Landtag in Düsseldorf ein deutliches Signal an die Bundesregierung senden: Sie muss ihrer Verantwortung für die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser gerecht werden! Die Forderung nach einem Inflationsausgleich und nach der regelhaften vollständigen Finanzierung der 2024 anstehenden Tarifierhöhung steht im Mittelpunkt der Kundgebung, an der auch NRW-Gesundheitsminister Laumann teilnehmen will.

Veranstalterin ist die Krankenhausgesellschaft NRW. Die Caritas in NRW unterstützt die Forderungen und beteiligt sich an der NRW-Allianz. Sie hat ihre Mitgliedseinrichtungen und deren Beschäftigte aufgerufen, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

„Als Spitzenverbände der katholischen Krankenhäuser ist es uns ein originäres Anliegen, die NRW-Allianz für die Krankenhäuser zu unterstützen“, heißt es in einem Aufruf der Caritas in NRW. Die akute dramatische finanzielle Notlage, der alle Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen derzeit gegenüberstehen,

werde sich weiter zuspitzen. Die Zukunftsfähigkeit der gesundheitlichen Versorgung und die Fähigkeit, die nötigen Reformen im Gesundheitssektor mitzugestalten, stehen nach Überzeugung auch der Caritas auf dem Spiel.

Deswegen sei es dringend erforderlich, ein gemeinsames, trägerübergreifendes Handeln einzuleiten. „Gerade in dieser kritischen Phase ist es von großer Bedeutung, dass sämtliche Krankenhaussträger sich gemeinsam und solidarisch für die Belange der Kliniken einsetzen.“

Die NRW-Allianz für die Krankenhäuser spiegelt den Geist der Einheit und des gemeinsamen Engagements wider.

Mit der NRW-Allianz möchten die Verbände und ihre Krankenhäuser den Appell nach Berlin tragen, damit die politischen Entscheidungsträger die Dringlichkeit der Lage erkennen und endlich angemessene Maßnahmen ergreifen. 📍

📅 20.9.2023; 11.55 Uhr

📍 Landtag Düsseldorf

### SPARPLÄNE DER BUNDESREGIERUNG

## Jede vierte Freiwilligendienst-Stelle gefährdet

*Weil die Bundesregierung bei den Freiwilligendiensten sparen will, droht im kommenden Jahr jeder vierten Stelle das Aus, warnt Birgitta Kelbch, Leiterin der Freiwilligendienste im Bistum Essen. Gegenwehr kommt von den Freiwilligen selbst: Ihre Petition hat so viel Zustimmung erhalten, dass sich bald der Bundestag damit beschäftigt.*

**D**en aktuellen Haushaltsplanungen zufolge sollen dem Bundesfamilienministerium im kommenden Jahr 78 Millionen Euro weniger für die Freiwilligendienste zur Verfügung stehen als 2023 - ein Minus von knapp 24 Prozent. Für 2025 sind weitere Einschnitte vorgesehen. Dabei sind das Freiwillige Soziale Jahr und auch der Bundesfreiwilligendienst „absolute Erfolgsmodelle“, so Christof Kriege vom Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln. Die angekündigten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten im jetzt vorgelegten Bundeshaushalt kritisiert auch er scharf.

„Auch im Erzbistum Köln hätte das zur Folge, dass jeder vierte Freiwilligenplatz wegfallen würde“, so Kriege, der die Abteilung Jugend und Familie des Kölner Diözesan-Caritasverbandes leitet. Derzeit über-

nehmen rund 900 junge Menschen jährlich mit ihrem Freiwilligendienst in caritativen Einrichtungen im Erzbistum Köln - etwa in Kitas oder Altenpflegeheimen - wichtige Aufgaben für die Gesellschaft. „Für die jungen Menschen ist ihr Freiwilligendienst zwischen Schule und beruflicher Ausbildung wichtiger Teil der Persönlichkeitsbildung und Selbstverwirklichung“, so Kriege. Macht die Ampel-Regierung Ernst mit ihren Kürzungsplänen, fallen allein im Erzbistum Köln rund 240 Stellen weg, befürchtet Kriege. Viele Kinder in Kitas und viele Pflegebedürftige würden dann nicht mehr von Freiwilligen begleitet.

Noch in der vergangenen Legislaturperiode hatte das Bundesfamilienministerium eine Strategie für ein Jugendfreiwilligjahr vorgelegt, mit dem die bestehenden



geregelten Freiwilligendienste finanziell deutlich besser ausgestattet werden sollten. Auch waren formale Erleichterungen - etwa ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst - vorgesehen. „Das hätte die Zahl der Plätze deutlich erhöht“, so Kriege.

Wie unpopulär die angekündigten Kürzungen sind, zeigt die Online-Petition „Freiwilligendienst stärken“, die über 100 000 Menschen unterzeichnet haben. Damit hat die Petition deutlich das Quorum von 50 000 Unterschriften überschritten, und es steht fest, dass es im Herbst eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages geben wird. 📍

🏠 [www.fwd-staerken.de](http://www.fwd-staerken.de)

## ZUKUNFT DER ALTENHILFE

### „Ein ‚Weiter so‘ kann es nicht geben“

Die Rahmenbedingungen in der Altenhilfe müssen verbessert werden“, bringt es Karl Döring, Vorstand des Caritasverbandes Geldern-Kevelaer, vor den CDU-Abgeordneten des Kreises Kleve auf den Punkt. Beim jüngsten Besuch des Bundestagsabgeordneten Stefan Rouenhoff sowie der Landtagsabgeordneten Dr. Günther Bergmann und Stephan Wolters stellte das Team des Caritasverbandes die Entwicklungen in der Altenhilfe vor und formulierte Forderungen für die Pflege. „Ein ‚Weiter so‘ kann es nicht geben“, so Döring. Allein in NRW werden bis zum Jahr 2040 rund 37000 Pflegefachkräfte zusätzlich zu den aktuell tätigen 141000 benötigt. Die Personalsituation wird sich daher weiter verschärfen mit der Gefahr, den steigenden Bedarf an Pflegeleistungen und die Qualität künftig nicht mehr sicherstellen zu können. Die Caritas machte deutlich, dass es zum einen eine Verbesserung des Zugangs zum Pflegesystem für Hilfebedürftige durch eine transparente und auskömmliche Finanzierungsstruktur in der Pflegeversicherung braucht. „Wir wünschen uns aber auch, dass die Pflegekräfte von administrativen Tätigkeiten deutlich entlastet werden, um wieder stärker das zu tun, wofür sie in ihrem Beruf angetreten sind: Menschen mit Liebe, Zeit und Sorgfalt zu pflegen“, stellt Döring klar. Die Caritas spricht sich daher für eine Verlängerung der Prüfintervalle und eine Reduktion der Intensität externer Prüfungen durch die zuständigen Behörden aus. Insbesondere wenn in der Vergangenheit mehrfach gute Prüfergebnisse erzielt wurden. ◀

**i** Die kommende Ausgabe der Zeitschrift „caritas in NRW“ befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit“.

Erscheint Anfang Oktober.

**h** [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de)



**NRW-Finanzminister** Marcus Optendrenk (r.) beim Besuch des Volksvereins in Mönchengladbach mit Peter Settele (l.), Vertriebsleiter des Volksvereins, und Ralf Nolte (M.), Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn

## FINANZIERUNG FÜR SOZIALE BETRIEBE

### Finanzminister bringt Interreg-Projekte ins Spiel

Der nordrhein-westfälische Minister der Finanzen, Dr. Marcus Optendrenk (CDU), hat die sozialen Betriebe in Trägerschaft der Caritas ermutigt, kreativ zu werden, um nach neuen Wegen der Finanzierung zu suchen. Bei einem Gespräch mit der Caritas in NRW beim Volksverein in Mönchengladbach brachte er mit Interreg-Mitteln finanzierte grenzüberschreitende Euregio-Projekte ins Spiel.

Ralf Nolte, Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn, stellte die Situation der sozialen Betriebe dar. Viele von ihnen drohten zu verzweigen, wenn die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt umgesetzt würden. Das habe Konsequenzen für langzeitarbeitslose Menschen ebenso wie für ihre Familien, für Kinder und Jugendliche und schließlich für die Gesellschaft.

Optendrenk sagte, er sehe die Not der sozialen Betriebe, die unter Mittelkürzungen des Bundes litten. Jedoch könne das Land nicht einspringen, da es sich bei der Finanzierung von Maßnahmen für Langzeitarbeitslose um Aufgaben des Bundes handele. Zudem sei die Lage aller öffentlichen Haushalte sehr angespannt. „Ich sehe keinerlei Spielraum für eine Landesfinanzierung für die sozialen Betriebe“, sagte Optendrenk.

#### Alternative Finanzierung

Alternative Finanzierungsmodelle könne er sich als Ausweg vorstellen. Er verwies auf das aus Belgien stammende Modell „De Kringwinkel“, in den Niederlanden unter „Kringloopwinkel“ geläufig. Inwieweit sich dieses mit staatlicher Hilfe finanzierte Modell auf Deutschland übertragen lasse, könne möglicherweise in einem mit Interreg-Mitteln finanzierten Euregio-Projekt unter

Beteiligung von Partnern aus Belgien und den Niederlanden erprobt werden. Den Referenten der Diözesan-Caritasverbände empfahl er, Kontakt mit den für Interreg-Projekte zuständigen Bundesministerien aufzunehmen.

Das soziale Unternehmen „De Kringwinkel“, das es an 24 Standorten im Norden Belgiens gibt, bietet Menschen, die es auf dem ersten Arbeitsmarkt schwer haben, Beschäftigung und Anleitung. Wiederverwertbare Produkte werden eingesammelt, aufbereitet und weiterverkauft. Rund 4800 Menschen finden bei „De Kringwinkel“ Beschäftigung. Der Unterschied zu Arbeitslosenprojekten in Deutschland, wie sie zum Beispiel die Caritas anbietet: Während hierzulande die Maßnahmen im Wesentlichen aus zeitlich befristeten Projektmitteln finanziert sind, erhalten die sozialen Unternehmen von „De Kringwinkel“ eine staatliche Sockelfinanzierung, wenn sie festgelegte Kriterien erfüllen.

Vor der Diskussion mit den Caritas-Mitarbeitenden hatte der Minister den Volksverein besichtigt. Die Arbeitsloseninitiative in katholischer Trägerschaft der Stiftung Volksverein begleitet und qualifiziert rund 150 langzeitarbeitslose Teilnehmende in verschiedenen Maßnahmen in acht Arbeitsbereichen. ▶

CHH



Foto: privat

### Neu gewählt

Tobias Berghoff, Vorstand der Caritas Dortmund, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verbands der katholischen Altenhilfe Deutschlands (VKAD) gewählt worden. Der Fachverband VKAD vertritt die Anliegen der Altenhilfe des Deutschen Caritasverbandes, unterstützt die Mitglieder durch Serviceangebote, veröffentlicht Fachpublikationen und organisiert Tagungen. Auf der Mit-

gliederversammlung des Verbandes wurden aus NRW zudem noch Helene Maqua, Abteilungsleitung Altenhilfe im Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, und Helga Nottebohm, Geschäftsführerin der Katholischen Schule für Pflegeberufe Essen gGmbH, in den Vorstand gewählt. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. ◀

🏠 [www.vkad.de](http://www.vkad.de)

### Destabilisierung zur Unzeit

Der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) drohen drastische Einschnitte. Die Mittel für den Bereich sollen laut Bundeshaushalt 2024 um 30 Prozent gekürzt werden. „Macht die Regierung Ernst, können ein Drittel weniger Personen beraten werden - ausgerechnet in einer Zeit, in der immer mehr Menschen zuwandern“, so Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel. Die Planungen seien eine Destabilisie-

rung zur Unzeit, warnt Hensel. Die Beratung sei einer der wichtigsten Integrationsmotoren. „Während händierend versucht wird, in Brasilien oder Vietnam Fachkräfte anzuwerben, wird die Beratung von bereits zugewanderten Arbeitskräften, die hier schnell in einen Job wollen, zurückgefahren. Dieses Potenzial gehört gefördert und nicht verschenkt“, so Hensel. ◀

### #EineMillionSterne

Am Samstag, den 18. November 2023 lädt Caritas international zur 17. bundesweiten Solidaritätsaktion #EineMillionSterne ein. #EineMillionSterne - das sind leuchtende Zeichen für eine gerechtere Welt! Deutschlandweit verwandeln haupt- und ehrenamtliche Caritas-Mitarbeitende öffentliche Plätze in strahlende Lichtermeere. Sie setzen damit Zeichen der Hoffnung und Solidarität. ◀

🏠 [www.einemillionsterne.de](http://www.einemillionsterne.de)

## BESCHÄFTIGTE STARTEN PETITION

# Werkstätten sollen mehr Geld ausschütten können

*Die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte von Caritas-Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen hat eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Darin fordern die Räte, dass der Grundbetrag beim Entgelt in Werkstätten für Menschen mit Behinderung vorübergehend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird.*

**B**islang müssen die Werkstätten diesen - gesetzlich festgelegten - Grundbetrag selbst erwirtschaften. Da der Grundbetrag zuletzt mehrfach angehoben wurde, fehlen vielen Werkstätten die Mittel, um ihren Beschäftigten den sogenannten Steigerungsbetrag, der je nach Leistung individuell festgelegt wird, zu zahlen. Viele Werkstätten stehen aufgrund der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges unter erhöhtem wirtschaftlichem Druck. Betroffen sind davon letztendlich viele Beschäftigte in den Werkstätten, die zudem auch mit steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert sind.

Zwar hat die Bundesregierung eine Reform des Entgeltsystems in den Werkstätten angekündigt. Doch die dazu in Auftrag gegebene Entgeltstudie liegt noch nicht vor.

Sie wird für September erwartet, danach beginnt erst das Gesetzgebungsverfahren für eine Reform. Mit der Petition zur Finanzierung des Grundbetrags aus öffentlichen Mitteln erhoffen sich die Caritas-Werkstatträte eine Beschleunigung des Verfahrens und eine vorübergehende Entlastung der Werkstätten, damit diese wieder einen leistungsgerechten Steigerungsbetrag an die Beschäftigten auszahlen können.

Um das Anliegen in einer öffentlichen Anhörungssitzung des Bundestages darstellen zu können, müssen mindestens 50 000 Unterschriften gesammelt werden. Bei Redaktionsschluss war die Zeichnungsfrist noch nicht erreicht. ◀

👉 [ogy.de/oonq](http://ogy.de/oonq)

# „Wir brauchen eure Aufmerksamkeit!“

*Ganz am Rand von Europa, im Südkaukasus, droht derzeit eine humanitäre Katastrophe. Rund 120 000 Menschen leben in Bergkarabach, das von Aserbaidschan eingeschlossen und abgeschnitten ist. Mitte Juni – auf einer Pressereise mit Caritas international – war die Dramatik der Situation schon überall in Armenien spürbar.*

**L**usine Stepanyan, die bei der Caritas Armenien Flüchtlinge aus Bergkarabach betreut und den Kontakt zu den Eingeschlossenen hält, versagt die Stimme, wenn sie berichtet. Viele Menschen befürchten, dass Aserbaidschan mit militärischem Druck die Bewohnenden von Bergkarabach vertreiben will und das Ziel die ethnische Säuberung einer Region ist, in der seit Jahrhunderten Armenier siedeln.

Wir besuchen eine Familie, eine armenische Mutter mit acht Kindern, die 2020 aus Bergkarabach geflohen sind. Damals eskalierten Grenzscharmützel in einem groß angelegten Angriff Aserbaidschans auf die Region Bergkarabach, die sich selbst Republik Arzach nennt. Das Gebiet gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, wird aber überwiegend von Armeniern bewohnt, die hier seit Jahrhunderten siedeln. Sowohl Armenien als auch Aserbaidschan waren Teil der Sowjetunion, aber schon damals gab es Unruhen und Konflikte. Nach der Unabhängigkeit beider Länder münde-

ten die Spannungen in einen Krieg, bei dem 1994 zunächst die Armenier die Oberhand behielten. 2020 gewann dagegen Aserbaidschan die Oberhand und konnte weite Gebiete besetzen.

„Die zwei ältesten Söhne waren bei der Armee und mussten kämpfen“, erzählt die Frau. „Wir hatten tagelang keinen Kontakt zu ihnen, wussten nicht, ob sie noch lebten und wo sie waren.“ Sie wohnte mit ihren acht Kindern, von denen sechs noch minderjährig waren, in zwei Wohnungen, die im kalten Winter gut zu heizen waren. Sie hatten einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb mit Tieren, bauten Feldfrüchte an, der Staat unterstützte sie mit Kindergeld, die Bedingungen waren gut - bis zum Krieg.

„Wir haben alles verloren“, sagt sie. Zwar blieb ein Sohn zunächst allein zurück, um auf das Hab und Gut aufzupassen, die Tiere notdürftig zu versorgen, aber auch er musste später fliehen.

## Knapp 30 000 Geflüchtete

Auf Vermittlung von Russland, das zwar als Schutzmacht Armeniens galt, aber auch gute Kontakte zum autoritär regierten Aserbaidschan pflegt, wurde ein Waffenstillstand erreicht, aber große Gebiete gingen für die Armenier verloren, so auch ihre Heimatregion. Insgesamt verteilten sich ca. 27 000 Geflüchtete aus der Region Bergkarabach über ganz Armenien.

Wie viele Flüchtlinge lebten sie in bitterster Armut unter erbärmlichen Bedingungen: Fünf minderjährige Kinder und die Mutter wohnen ohne fließendes Wasser und ohne Kanalisation in zwei Zimmern in einem vorher leer stehenden Haus.

Es war die Caritas, die nachhaltig Hilfe leistete. Finanziert auch von der deutschen Caritas, wurde die brüchige Holzterrasse zum Hauseingang ersetzt. Bad und Korridor wurden renoviert, ein Wassertank mit Wasserleitungen wurde installiert und Ab-

flussrohre gelegt. Im Rahmen des Projekts hat die Familie auch ein paar Tiere bekommen, um selbstständig wieder ihren Lebensunterhalt zu sichern.


## Blockade des Latschin-Korridors

Doch während sich die Situation der Geflüchteten stabilisiert, hat Aserbaidschan im Schatten des Ukraine-Krieges den Latschin-Korridor blockiert. Versperrt ist nun die einzige Straße nach Bergkarabach, und Aserbaidschan lässt inzwischen nicht einmal mehr Lebensmittelhilfen und ärztliche Versorgung durch.


Die armenische Caritas-Mitarbeiterin Lusine Stepanyan fleht: „Jedes Leben zählt! Wir brauchen eure Unterstützung aus der ganzen Welt. Wir brauchen eure Unterstützung, um Gerechtigkeit in dieser Region zu etablieren. Denn wir sind die Nation, die den Genozid an den Armeniern überlebt hat. 1,5 Millionen Menschen wurden im armenischen Genozid vor 100 Jahren getötet. Und was passiert heute? Es ist eine ethnische Säuberung. Wir brauchen eure anwaltliche Unterstützung und Lobbyarbeit, um Gerechtigkeit zu erreichen.“

Die Verhandlungen, die in den letzten Monaten - auch unter Beteiligung der EU - immer wieder einen neuen Anlauf fanden, scheinen festgefahren. Presseberichten zufolge hat der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan schon vor Monaten klargemacht, dass Eriwan die Zugehörigkeit des Gebiets zum Nachbarland Aserbaidschan akzeptiert, wenn die Rechte der dort lebenden Armenier garantiert werden. Doch der aserbaidschanische Diktator Ilham Alijew will die ganze Beute.

Caritas-Mitarbeiterin Lusine richtet eine Botschaft an die deutschen Katholikinnen und Katholiken: „Papst Franziskus hat betont, dass er an alle Seiten in dem Konflikt appelliert, eine friedliche Lösung zu finden für das Problem Latschin-Korridor. Meine Botschaft lautet: Schließen Sie sich den Bemühungen an, Aufmerksamkeit zu richten auf ein weit von Westeuropa entferntes Land. Wir fühlen uns als Europa.“

Wie viele armenische Christen hofft sie auf weitere kirchliche und politische Initiativen, um das Ende der Armenier in Bergkarabach zu verhindern.  M. LAHRMANN

 **Infos zum Bergkarabach-Konflikt:**

 [www.crisisgroup.org/content/nagorno-karabakh-conflict-visual-explainer](http://www.crisisgroup.org/content/nagorno-karabakh-conflict-visual-explainer)

### caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

#### Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Titelfoto:** Hans-Jürgen Bauer

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527